KOMMENTAR 21.04.2015 | Ibn Abdur Rehman

Moderne Sklaven

Die Zahl der Fronarbeiter in Pakistan steigt weiter. Auch weil der Staat wegschaut.

Im Januar 2014 befreite die Polizei auf einem Hof in der pakistanischen Provinz Sindh zehn Fronarbeiter. Dem Gericht konnten nur neun Arbeiter vorgestellt werden, weil der zehnte, ein achtjähriger Junge, durch Polizeischüsse ums Leben gekommen war. Zehn Monate später wurde in Pandschab in einer Kleinstadt nahe der Provinzhauptstadt eine schwangere Frau in den Ofen einer Ziegelei geworfen und bei lebendigem Leib verbrannt. Ihr Mann war wegen einer Lohnstreitigkeit von Handlangern des Ziegeleibesitzers zu Tode geprügelt worden. Alle drei Opfer zählten zu den Ärmsten der Armen, die im überwiegend muslimischen Pakistan der kleinen nichtmuslimischen Bevölkerungsgruppe angehören.

Diese Zwischenfälle sind typische Beispiele für den aktuellen Kampf zwischen Fronarbeitern, die ihre Ketten sprengen wollen, und ihren Arbeitgebern, die entschlossen sind, die sklavenähnlichen Arbeitsverhältnisse in Pakistan aufrecht zu erhalten. Während immer mehr Arbeiterinnen und Arbeiter den Rechtsweg in die Freiheit beschreiten, greifen die Arbeitgeber auf Gewalt zurück, um sie daran zu hindern.

Unabhängigen Schätzungen zufolge wurden in Pakistan im Jahr 2013 1 871 Fronarbeiter, darunter 425 Frauen und 32 Kinder, aus ihrer Zwangslage befreit. Nach Angaben der Menschenrechtskommission Pakistans kamen im vergangenen Jahr (bis zum 30. November) allein in der Provinz Sidh mehr als 3 500 Fronarbeiter frei. Im gleichen Jahr wurden von Gerichten in der Provinz Pandschab mindestens 387 Fronarbeiter von Gerichtsdienern abgeholt und auf freien Fuß gesetzt. Der eklatanteste Fall war der von 100 Fronarbeitern (darunter 30 Frauen und 25 Kinder), die auf einem Hof rund 100 Kilometer von der Provinzhauptstadt entfernt gerettet wurden. Einige von ihnen waren 14 Jahre lang Leibeigene gewesen.

Fronarbeit ist in Pakistan,

Fronarbeit ist in Pakistan, vor allem in der Landwirtschaft und in der Ziegeleibranche, ein

vor allem in der Landwirtschaft und in der Ziegeleibranche, ein Produkt der ungerechten Landbesitzverhältnisse.

Produkt der ungerechten Landbesitzverhältnisse. Großgrundbesitzer in Sindh beschäftigen auf ihren riesigen Ländereien seit Urzeiten billige Arbeitskräfte, die mehrheitlich indigenen Volksgruppen und nicht-muslimischen unteren Kasten angehören. Aus den Massen von Landarbeitern, die von den Großgrundbesitzern infolge der Mechanisierung der Landwirtschaft oder aus anderen Gründen entlassen werden, rekrutieren die Ziegeleibetreiber billige Arbeitskräfte. In beiden Branchen werden, da ganze Familien mitarbeiten, Familienlöhne ausbezahlt, die aber den Beschäftigten ihre Existenz nicht sichern.

Da sie weder auf Bankkredite zurückgreifen können, noch von einem Sozialsystem unterstützt werden, müssen die Beschäftigten ihre Arbeitgeber um Vorschüsse auf ihren Lohn bitten, vor allem, wenn in der Familie jemand erkrankt, die Hochzeit eines Kindes ansteht oder die Ziegelei über die Regenzeit ihre Belegschaft entlässt. Diese Kredite werden vom Büro des Arbeitgebers stets künstlich aufgeblasen, sodass die Beschäftigten zu Arbeitssklaven werden. Sie dürfen weder wegziehen noch sich einen anderen Job suchen. Wer zu fliehen versucht, wird mit Gewalt festgehalten, manchmal auch gefesselt und in einem sogenannten Privatgefängnis festgehalten.

Desinteresse des Staates

Zwar gab es schon vor der Geburt Pakistans 1947 Fronarbeit, doch nach der Unabhängigkeit wuchs das Problem. Eine Ursache war der Weggang der nichtmuslimischen Geldverleiher, die den Dorfbewohnern Kredite gegeben hatten, sie aber wegen ihres mangelnden sozialen und politischen Einflusses nicht hatten schikanieren können. Ein anderer Grund war besonders in den 1960er Jahren das Wachstum der Ziegeleibranche infolge eines Baubooms. Die Exekutive schenkte der sklavenähnlichen Fronarbeit keine Beachtung, obwohl laut Verfassung die Sklaverei abgeschafft, Zwangsarbeit verboten und der Staat dem Sklavereiabkommen beigetreten war.

Das Desinteresse des Staates äußert sich unter anderem daran, dass er die Beschäftigten, die in Knechtschaft leben, nicht erfasst. Unabhängigen Schätzungen zufolge sind zwischen drei und acht Millionen Menschen

von Fronarbeit betroffen. Walk Free, eine internationale NGO, die auf diesem Gebiet arbeitet, gibt an, dass in Pakistan 2,2 Millionen Menschen in sklavereiähnlichen Verhältnissen leben, das sind etwa 7 Prozent der weltweiten Fälle. Dem Bericht zufolge belegt Pakistan auf der Liste der bevölkerungsreichen Länder mit den höchsten Fronarbeiterzahlen den dritten Platz.

Ernsthaft begann der Kampf gegen die Fronarbeit erst, als der Oberste Gerichtshof 1989 auf den Brief eines Fronarbeiters hin erklärte, Beschäftigte, die Schulden bei ihren Arbeitgebern hätten, dürften nicht gegen ihren Willen festgehalten und zur Arbeit gezwungen werden, sondern hätten weiterhin das Recht auf Freiheit. Das Gericht bestätigte allerdings die Pflicht der Schuldsklaven, ihre Kredite zurückzuzahlen.

Dieses Urteil veranlasste die Menschenrechtskommission Pakistans, einen Gesetzentwurf einzubringen, der 1992 vom Parlament als Bonded Labour System (Abolition) Act verabschiedet wurde. Dieses Gesetz stellte die Fronarbeit nicht nur unter Strafe, sondern brachte auch Verbesserungen in der Rechtsprechung: Erstens sind seither sämtliche Schulden der Fronarbeiter hinfällig, und die Gewährung von Vorauszahlungen auf den Lohn ist verboten. Zweitens sieht das Gesetz die Bildung von Distrikt-Ausschüssen vor, die aus Vertretern der Bürgerschaft und Politikern bestehen. Sie sollen das Verbot der Fronarbeit überwachen und ihre Beseitigung vorantreiben. Das Gesetz wurde jedoch nie ernsthaft umgesetzt, und Rufe nach Änderungen, die es effektiver machen würden, verhallen seither ungehört. Die Bildung der Distriktausschüsse wurde immer wieder verzögert, und dort, wo sie eingerichtet wurden, kommen sie ihren Aufgaben nicht nach. Keine einzige Person wurde bislang nach dem Gesetz bestraft. Beschäftigte kamen nur frei, wenn sie sich auf das Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit beriefen oder aus Gefangenenlagern flohen.

Die einzige Initiative staatlicherseits war der 2001 eingeführte Aktionsplan für die Abschaffung der Zwangsarbeit, der mit der Einrichtung eines mit 100 Millionen Rupien ausgestatteten Fonds verbunden war. Der Aktionsplan wurde nie umgesetzt, und der Fonds ist weitgehend untätig. Die Thematik wurde an die Provinzen weitergereicht, und das Schicksal des Fonds ist unklar.

Die Zahl der Fronarbeiter steigt weiter, und das Problem der Eingliederung befreiter Landarbeiter in die

Lediglich die Regierung in Pandschab zeigte, nachdem ihr die Verantwortung übertragen worden war, Interesse an der Problematik. Im Jahr 2014 rief sie ein Komitee für die Beendigung der Fronarbeit ins Leben. Doch auch von deren Tätigkeit ist wenig zu hören.

Gesellschaft bleibt unbearbeitet.

Ungeachtet der Bemühungen der Internationalen Arbeitsorganisation IAO und mehrerer internationaler wie nationaler Menschenrechtsorganisationen sowie befreiter Arbeiterinnen und Arbeiter hängt Pakistan somit die Fronarbeit wie ein Mühlstein um den Hals. Die Zahl der Fronarbeiter steigt weiter, und das Problem der Eingliederung befreiter Landarbeiter in die Gesellschaft bleibt unbearbeitet. Der Verwaltung sind die Hände gebunden, weil sowohl Großgrundbesitzer als auch Ziegeleibetreiber politischen Einfluss haben und in den Abgeordnetenhäusern des Landes gut vertreten sind.

Neben der IAO haben sich mehrere internationale Behörden, ausländische Regierungen und NGOs für den Kampf gegen die Fronarbeit stark gemacht. Trotzdem gibt es noch Bereiche, in denen Hilfe von außen viel ausrichten könnte. Einer dieser Bereiche wäre ein aus internationalen Spenden gespeister Fonds, aus dem der Bau von Wohnungen für Fronarbeiter und befreite Arbeitskräfte, Schulen für ihre Kinder und vor allem Fortbildungszentren für den Erwerb beruflicher Qualifikationen bezahlt werden könnten.



Ibn Abdur Rehman
Pakistan

I. A. Rehman zog sich 1990 als Herausgeber der Pakistan Times aus dem aktiven Journalismus zurück. Seit 1987 ist er Mitglied der Menschenrechtskommission Pakistans, als deren Generalsekretär er derzeit tätig ist. Er wurde mit dem Menschenrechtspreis der Stadt Nürnberg und dem Ramon-Magsaysay-Preis ausgezeichnet.